

heute laut geworden sind. Der eine Theil erklärt, eine Emancipation der Juden sei überhaupt bedenklich, der andre Theil, (und dazu gehören die Meisten, wenigstens sagen sie dies) die Emancipation sei zwar eine Forderung der Gerechtigkeit, aber sie müsse nach und nach erfolgen. Dieser Partei schließen sich sehr Viele um deswillen an, weil sie auf der einen Seite zu erkennen geben können, daß sie die Forderungen der Zeit nicht aus den Augen setzen, aber indirecter Weise gleich wieder Gelegenheit haben, das Geforderte abzulehnen. Was heißt denn nun nach und nach? Im Jahre 1838 sind den Israeliten einige Erleichterungen geworden. Nach 5 Jahren geht eine Petition ein, daß diese vermehrt werden. Nun findet man aber, es sei dies zu bald, und sagt, sie hätten erst bei dem nächsten Landtage kommen sollen. Ich bin aber überzeugt, daß, wenn die Juden am nächsten Landtage gekommen wären, man sie wieder auf den nächsten Landtag vertröstet haben würde. Man würde auch dann gesagt haben, sie dürften nicht so schnell kommen. Wenn man mir nicht sagt, wie dieses „nach und nach“ zu verstehen ist, so bin ich der Meinung, man ist gegen die Emancipation. Ist dies aber nicht der Fall, so spreche man sich sofort für Emancipation aus und hülle sich nicht in das „nach und nach“, was einer so vieldeutigen Auslegung fähig ist. Man erklärt sich gegen die Emancipation — doch von dieser ist am Ende nicht einmal die Rede, sondern nur von einer Erweiterung der den Juden bis jetzt eingeräumten geringen Rechte. Man erklärt sich gegen diese Erweiterung aus Gründen der Erfahrung. Nun ist allerdings nicht zu leugnen, daß diejenigen, welche hauptsächlich gegen die Juden auftreten, da sie dem Stande der Gewerbtreibenden angehören, mehr Gelegenheit gehabt haben, Erfahrungen zu sammeln, als Andere. Allein wären diese Erfahrungen wirklich der Art, daß man den Juden alle und jede Rechte versagen müßte, so müßten sich alle Gewerbtreibende dagegen erklären, und dies ist nicht der Fall. Noch im Jahre 1837, als das Gesetz, von dem die Rede ist, in dieser Kammer berathen wurde, erklärte ein sehr unterrichteter Gewerbtreibender hier, daß er keineswegs die Erfahrungen gemacht habe, die Andere gemacht haben wollten. Er habe stets gefunden, daß die Juden sich gerade gegen die Christen benehmen, wie die Christen gegen die Juden; er habe die Erfahrung gemacht, daß die Juden sehr reell — um mich dieses kürzern Ausdrucks zu bedienen — in den Geschäften wären, wenn auch die Christen auf eine Weise mit ihnen verhandelten, daß ihnen Gelegenheit geboten würde, reell zu sein. Es war das ein sehr unterrichteter Gewerbtreibender, auf den ich mich also in dieser Beziehung mit vollem Rechte berufen kann, wenn von der Erfahrung die Rede ist. — Wenn ferner bemerkt worden ist, man müsse schon aus dem Grunde gegen die Juden sich erklären, weil die Volksmeinung ihnen entgegen sei, oder weil unsere Wähler meist dagegen sich erklärt hätten, so glaube ich, kann doch dieser Grund für überwiegend nicht erachtet werden. Es ist ein ausdrücklicher Grundsatz der Verfassungsurkunde, daß derjenige, welcher hier zu stimmen hat, nur nach seiner Ueberzeugung stimmen soll. Von Aufträgen, von einer strikten Befolgung der Ansichten der Auftraggebenden steht kein

Wort in der Verfassungsurkunde, ja es kann eine solche Bestimmung gar nicht gegeben werden, da dann eine freie Berathung hier nicht mehr möglich und die Beschlußfassung eine ganz andere wäre. Nun gebe ich zu, daß ein Theil der Wähler die Ansicht ausspricht, es seien den Juden die Rechte nicht zuzusprechen, von denen hier die Rede ist. Aber unbegründet ist es, daß alle dieser Ansicht sind. Sehr Viele auch im Volke sind vielmehr der Meinung, daß den Juden ein besserer Zustand zu gewähren sei, als er früher gewesen ist, und es käme noch sehr darauf an, in welcher Weise die Abstimmung erfolgte, wenn jeder Einzelne gefragt würde. Wenn aber auch ein Resultat herauskäme, wie es von den Gegnern der Israeliten in Aussicht gestellt wird, so darf nicht verkannt werden, daß die Stimmen, welche gegen die Juden laut werden, von Betheiligten ausgehen, die sich durch die Juden, wenn ihnen mehr Rechte eingeräumt würden, verletzt glauben; denn daß sie wirklich verletzt worden, das ist bis jetzt nicht erwiesen worden, wenn man es uns auch glauben machen will. Ich habe auch heute wieder gehört, daß in den Petitionen nur immer von künftigen Beschwerden, von künftigen Gefahren die Rede gewesen ist; es sind immer wieder nur *gravamina de futuro* angeführt worden. Man sagt, es stehe sehr dahin, ob die Juden das und das thun würden, es sei zu befürchten, daß das und das geschehen würde, man könne nicht glauben, daß, wenn die Juden mehr Rechte erlangten, sie auch dafür alle Pflichten übernehmen würden. Nun, wenn man nicht behaupten kann, daß das, was geschehen soll, bereits geschehen ist, so kann es als Beweisatz unmöglich aufgestellt werden. — Daß ferner — wie hat behauptet werden wollen — die Erweiterung der Rechte der Juden der Verfassungsurkunde entgegenstehe, ist von mehreren Abgeordneten bereits widerlegt worden. Ich will daher diesen Punkt nicht weitläufig beleuchten, sondern nur noch erwähnen, daß, wenn uns hier die Verfassungsurkunde im Wege stünde, Regierung und Stände schon jetzt schnurstracks ihr entgegen gehandelt haben würden, da sie ein Gesetz in Betreff der Juden gegeben haben, welches diesen wenigstens schon mehr Rechte gewährt. Nun steht doch fürwahr nicht zu erwarten, daß alle drei Factoren der Gesetzgebung die Verfassungsurkunde ganz außer Augen gelassen haben sollten. Es sind, als das Gesetz hier zur Berathung und Beschlußfassung kam, Leute hier gewesen, die es gut und treu mit der Constitution gemeint haben, und die gewiß einem Gesetze, welches gegen die Constitution gewesen wäre, ihre Zustimmung nicht ertheilt haben würden. — Sucht man endlich in der Bestimmung zu einer Emancipation einen Ausfluß des Liberalismus, und wird gesagt, man wolle es riskiren, ein Illiberaler gescholten zu werden, so glaube ich dagegen, daß die vorliegende Frage keine sogenannte politische Parteifrage sei. Ich wenigstens habe sie dafür nicht erkennen mögen, sondern die Frage, ob den Juden Rechte eingeräumt werden sollen, immer nur für eine Frage der Gerechtigkeit, habe es nicht sowohl für liberal, als für gerecht erkannt, das zu gewähren, was die Petenten in ihrer Petition verlangt haben. Wenn ich nun diese wenigen Bemerkungen noch zu dem, was in Bezug auf die vorliegende sogenannte Emancipationsfrage bereits vorgetragen worden ist, hinzufüge, so kann